

Stand: 25.12.2025 18:10:20

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/429

"Einsatzbelastung der Bereitschaftspolizei in Bayern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/429 vom 22.01.2014
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/1017 des KI vom 18.03.2014
3. Beschluss des Plenums 17/1482 vom 03.04.2014
4. Plenarprotokoll Nr. 14 vom 03.04.2014



Antrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Stefan Schuster, Martina Fehlner, Andreas Lotte, Arif Tasdelen SPD**

Einsatzbelastung der Bereitschaftspolizei in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bis Ende März 2014 über Einsatz und Belastung der Bereitschaftspolizei in Bayern zu berichten und dabei insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

1. Welches sind Einsatzschwerpunkte der Bereitschaftspolizei?
2. Welches ist die Sollstärke der sieben Bereitschaftspolizeiabteilungen (ohne Beamte in Ausbildung bzw. in den Einsatzzügen) und wo werden die Beamten tatsächlich eingesetzt?
3. Wie groß ist jeweils die Iststärke der sieben Bereitschaftspolizeiabteilungen zum gegenwärtigen Zeitpunkt?
4. Wie viele Polizistinnen und Polizisten stehen der Bereitschaftspolizei, nach Abzug von krankheitsbedingten Ausfällen, Elternzeiten, Schwangerschaft oder Mutterschutz für Einsätze tatsächlich zu Verfügung (gestaffelt nach Stammpersonal und Beamte in Einsatzstufe)?
5. Wie viele Beamte sind für die in 4. genannten Ausfällen als „mobile Reserve“ vorgesehen?
6. Wie viele Beamte bei der Bereitschaftspolizei warten derzeit auf eine Beförderung, die wegen fehlender Planstellen bzw. Dienstposten nicht vollzogen werden kann (aufgeschlüsselt nach Qualifikationsebenen)?

7. Gibt es Bestrebungen der Staatsregierung, die Belastungen in der Bereitschaftspolizei zu reduzieren?
8. Der Einsatzantrag der Bereitschaftspolizei ist veraltet. Gibt es Bemühungen, einen neuen Einsatzantrag zu konzipieren?
9. Sind neue Aufgaben der Bereitschaftspolizei (z.B. Förderung des Spitzensports, zusätzliche Ausbildungsseminare) mit entsprechenden Sollstellen hinterlegt worden?
10. In welchem Umfang beabsichtigt die Staatsregierung, entsprechend ihrer öffentlichen Ankündigung zu Aufklärung bzw. Verhinderung eines weiteren Anstiegs der Einbruchskriminalität in Bayern, auch Beamte der Bereitschaftspolizei einzusetzen und auf welche Weise sollen diese zusätzlichen Einsätze an anderer Stelle kompensiert werden?
11. Wie steht die Staatsregierung zu einer Einführung der 1:1 Stundenschreibung in Bayern, nachdem diese in Niedersachsen, Baden Württemberg und Hamburg bereits praktiziert wird?

Begründung:

Die Bereitschaftspolizei in Bayern sieht sich zunehmend erschwerten Arbeitsbedingungen ausgesetzt. Belastende Arbeitszeiten, Überstunden und eine schlechte Beförderungssituation sind die Begleitscheinungen der Arbeit bei der Bereitschaftspolizei. Der Einsatz in erster Reihe verlangt den Polizistinnen und Polizisten alles ab.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

**Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer,
Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD**
Drs. 17/429

Einsatzbelastung der Bereitschaftspolizei in Bayern

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass in Satz 1 das Wort „März“ durch das Wort „Mai“ ersetzt wird.

Berichterstatter: **Prof. Dr. Peter Paul Gantzer**
Mitberichterstatter: **Manfred Ländner**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 7. Sitzung am 19. Februar 2014 beraten und einstimmig mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Antrag in seiner 9. Sitzung am 18. März 2014 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Dr. Florian Herrmann
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Stefan Schuster, Martina Fehlner, Andreas Lotte, Arif Tasdelen SPD

Drs. 17/429, 17/1017

Einsatzbelastung der Bereitschaftspolizei in Bayern

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bis Ende Mai 2014 über Einsatz und Belastung der Bereitschaftspolizei in Bayern zu berichten und dabei insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

1. Welches sind Einsatzschwerpunkte der Bereitschaftspolizei?
2. Welches ist die Sollstärke der sieben Bereitschaftspolizeiabteilungen (ohne Beamte in Ausbildung bzw. in den Einsatzzügen) und wo werden die Beamten tatsächlich eingesetzt?
3. Wie groß ist jeweils die Iststärke der sieben Bereitschaftspolizeiabteilungen zum gegenwärtigen Zeitpunkt?
4. Wie viele Polizistinnen und Polizisten stehen der Bereitschaftspolizei nach Abzug von krankheitsbedingten Ausfällen, Elternzeiten, Schwangerschaft oder Mutterschutz für Einsätze tatsächlich zu Verfügung (gestaffelt nach Stammpersonal und Beamte in Einsatzstufen)?
5. Wie viele Beamte sind für die in Nr. 4. genannten Ausfälle als „mobile Reserve“ vorgesehen?
6. Wie viele Beamte bei der Bereitschaftspolizei warten derzeit auf eine Beförderung, die wegen fehlender Planstellen bzw. Dienstposten nicht vollzogen werden kann (aufgeschlüsselt nach Qualifikationsebenen)?
7. Gibt es Bestrebungen der Staatsregierung, die Belastungen in der Bereitschaftspolizei zu reduzieren?
8. Der Einsatzanzug der Bereitschaftspolizei ist veraltet. Gibt es Bemühungen, einen neuen Einsatzanzug zu konzipieren?
9. Sind neue Aufgaben der Bereitschaftspolizei (z.B. Förderung des Spitzensports, zusätzliche Ausbildungsseminare) mit entsprechenden Sollstellen hinterlegt worden?
10. In welchem Umfang beabsichtigt die Staatsregierung, entsprechend ihrer öffentlichen Ankündigung zu Aufklärung bzw. Verhinderung eines weiteren Anstiegs der Einbruchskriminalität in Bayern, auch Beamte der Bereitschaftspolizei einzusetzen und auf welche Weise sollen diese zusätzlichen Einsätze an anderer Stelle kompensiert werden?
11. Wie steht die Staatsregierung zu einer Einführung der 1:1-Stundenschreibung in Bayern, nachdem diese in Niedersachsen, Baden Württemberg und Hamburg bereits praktiziert wird?

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Christine Kamm

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 3)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 3)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit übernimmt der Landtag einstimmig diese Voten.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir machen jetzt Mittagspause. Es geht um 13.30 Uhr weiter. Guten Appetit!

(Unterbrechung von 12.54 bis 13.33 Uhr)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Mittagspause ist beendet. Ich nehme die Sitzung wieder auf.

Wir haben vor der Mittagspause eine persönliche Erklärung zur Regierungserklärung, Tagesordnungspunkt 2 dieser Sitzung, von Herrn Bocklet gehört. Zum Hintergrund: Wir waren uns im Präsidium nicht ganz im Klaren, ob es nach Geschäftsordnung zulässig war, diese erst nach weiteren Tagesordnungspunkten zuzulassen. Da ist die Geschäftsordnung nicht eindeutig. Es ist aber Tatsache, dass sich im Anschluss an die persönliche Erklärung, unmittelbar vor der Mittagspause, als die meisten schon

den Saal verlassen hatten, Frau Christine Kamm sich zu einer Gegenrede zu dieser persönlichen Erklärung gemeldet hat, die nach unserer Geschäftsordnung zulässig ist. Da wir die persönliche Erklärung zugelassen haben, lasse ich auch diese Gegenrede zu. Ich teile Ihnen noch mit, dass wir diese Unklarheit der Geschäftsordnung demnächst der interfraktionellen Arbeitsgruppe zur Verdeutlichung und Klärung vorlegen werden.

Bitte schön, Frau Kamm. Sie haben fünf Minuten.

Christine Kamm (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Bocklet hat vor der Mittagspause erklärt, dass er sich beleidigt gefühlt habe durch meine Bemerkung, dass er in Brüssel gesagt habe, dass man Worte bayerischer Vertreter nicht so ernst nehmen solle; es würde sich eher um Folklore handeln; in Wirklichkeit seien die Bayern ja europafreundlich.

Die Situation, in der er dies geäußert hatte, war der Besuch unseres Europaausschusses in Brüssel. Da gab es freundlicherweise für den Europaausschuss und für geladene Gäste einen Abend in der Bayerischen Vertretung am 10. März. Nachdem die Frau Ministerin eine kurze Ansprache gehalten hatte, hat sich Landtagsvizepräsident Bocklet kurz geäußert und in diesem Zusammenhang ein vermittelndes Wort gesucht. Dieses vermittelnde Wort zielte eben darauf ab, dass die harschen Töne aus Bayern nicht so ernst gemeint seien, sondern es sich um folkloristische Gebräuche handeln würde.

Ich habe das hier gesagt, weil ich zeigen wollte, wie janusköpfig oft das Auftreten der Staatsregierung und der CSU in Europa ist. Auf der einen Seite möchte man natürlich gerne große Europäer sein, auf der anderen Seite hört man oft sehr harsche Worte aus München. Herr Bocklet wollte offenbar gegenüber dem Publikum vermitteln und eine etwas freundliche Stimmung schaffen. Es war doch eigentlich ganz nett gemeint. Ich habe diese Bemerkung meinerseits nicht als Beleidigung von Herrn Bocklet gesehen. Ich würde mir eigentlich wünschen, dass er weiterhin vermittelnd auftritt.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN – Beifall der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kamm. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt jetzt endgültig abgeschlossen.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Gesetzentwurf der Abgeordneten Rinderspacher, Aures, Halbleib und anderer und Fraktion (SPD) zur "Änderung des Bestattungsgesetzes – Schaffung einer gesetzlichen Regelung zur Ermöglichung des Erlasses gemeindlicher Friedhofssatzungen bzw. Friedhofsordnungen für ein Verwendungsverbot für Grabmale aus ausbeuterischer Kinderarbeit", Drucksache 17/94, bekannt: Mit Ja haben gestimmt 52, mit Nein haben gestimmt 99, keine Stimmenthaltung. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Gesetzentwurf der Abgeordneten Rinderspacher, Schuster, Prof. Dr. Gantzer und anderer und Fraktion (SPD) zur "Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes – Verdoppelung der Balungsraumzulage", Drucksache 17/323, bekannt: Mit Ja haben gestimmt 67, mit Nein haben gestimmt 84, Stimmenthaltungen: keine. Damit ist dieser Gesetzentwurf auch abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Nun kann ich die Dringlichkeitsanträge aufrufen.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht
einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7
(Tagesordnungspunkt 5)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert,
Klaus Adelt u.a. SPD
Einsatzbelastung der Bereitschaftspolizei in Bayern
Drs. 17/429, 17/1017 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Günther Knoblauch,
Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Demografie der Bayerischen Polizei
Drs. 17/430, 17/1016 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sonderinvestitionsprogramm „Bayern Barrierefrei 2023“
Drs. 17/440, 17/1067 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Isabell Zacharias, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD), Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Amerikahaus in bewährter Form für die Bürger erhalten – keine Sicherheitskonferenz in den Räumen des Amerikahauses zulassen
Drs. 17/504, 17/1104 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann u.a. und Fraktion (CSU)
Gewalt gegen Polizeibeamte bei den Ausschreitungen in Hamburg
am 21. Dezember 2013
Drs. 17/562, 17/1015 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Olympische Winterspiele: Sotschi zum Ort sportlicher Erfolge
und demokratischer Signale machen!
Drs. 17/563, 17/1030 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
-----	-----	--------------	-----

☐ A☐ Z☐ ENTH☐ ENTH

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann u.a. und Fraktion (CSU)
Friedliche und faire Olympische Winterspiele
Drs. 17/578, 17/1029 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ

☐☐☐☐ ENTH

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum Zustimmung der Abstimmung zugrunde zu legen.

8. Antrag der Abgeordneten Hermann Imhof, Bernhard Seidenath, Dr. Florian Herrmann u.a. CSU
Änderung des Bestattungsgesetzes;
Schaffung einer Rechtsgrundlage für ein Verwendungsverbot
von Grabmalen aus ausbeuterischer Kinderarbeit
Drs. 17/580, 17/1204 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ

☐☐ ENTH☐☐ ENTH

9. Antrag der Abgeordneten Ingrid Heckner, Joachim Unterländer, Karl Freller u.a. CSU
Ausweitung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten für öffentlich Bedienstete
Drs. 17/626, 17/1048 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ

☐☐☐☐

10. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Hermann Imhof, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU, Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld u.a. SPD, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. FREIE WÄHLER, Christine Kamm, Jürgen Mistol BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Teilnahme des Freistaats Bayern am „Eine Welt-PromotorInnenprogramm: Koordination, Förderung und Vernetzung in der zivilgesellschaftlichen entwicklungspolitischen Bildungsarbeit“
Drs. 17/1052 17/1358 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>